Nr. 29 XXVIII. Jahrgang

Sonnabend, 31. Januar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher 18 829, 18 638, 18 897, 17 109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile, 22 mm breit, M. 1.30, für das Ausland M. 2.—. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.50, für das Ausland M. 6.—. Bei Eilten- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Auf alle Grundpreise 10 v. H. Zuschlag. Belegebühr 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25 ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Kein Führer aus der Not!

Man muß gestehen, daß unser Reichsfinanzministerium ganze Arbeit macht. Es gibt sich nicht mit Kleinigkeiten ab. Die Steuerskala für die Reichseinkommensteuer, die jetzt nach der gestern erfolgten Annahme des § 20 des Regierungsentwurfes durch den Steuerausschuß der Nationalversammlung veröffentlicht wird, wird in der Oeffentlichkeit mit gewissem Entsetzen aufgenommen werden. Es ist bekannt, daß die ersten 2000 Mark Einkommen steuerfrei bleiben. Für den überschießenden steuerpflichtigen Betrag werden sodann Sätze bis 65 Prozent erhoben. Was das heißt, ist ersichtlich, wenn man nachrechnet, daß für ein Einkommen von 100 000 M. rund 34 000 M., also mehr als ein Drittel, für 200 000 M. Einkommen rund 111 000 M. Steuern, also nicht ganz die Hälfte zu entrichten sind. Bei den noch höheren Einkommen geht die Einkommensteuer weit über die Hälfte, wie oben gesagt, bis zu 65 Prozent. Zu dieser Belastung soll nach dem Regierungsentwurf auch noch eine Ergänzungssteuer treten, für die 1 bis 10 bzw. 10 bis 30 Prozent in Vorschlag gebracht worden sind.

Die Sozialdemokraten waren mit der Einkommensteuerbelastung von 10 bis 60 Prozent noch nicht zufrieden. Sie hatten in der gestrigen Sitzung den Antrag gestellt, die Sätze für die höheren Einkommen bis 80 Prozent zu erhöhen. Es erhellt auf den ersten Blick, daß diese Sätze auf das gesamte Wirtschaftsleben revolutionierend wirken müssen. Die kleineren Einkommen werden unter den heutigen Verhältnissen nicht imstande sein, die hohen Steuerbeträge, die wenigstens den Angestellten und Arbeitern schon beim Gehalts- oder Lohnempfang abgezogen werden, zu bezahlen. Es wird infolgedessen das alte Lied, was wir schon so gewöhnt sind, erneut einsetzen: Man wird die Gehälter erhöhen müssen und als Folge dieser Erhöhung der erheblichen Steuern, auch der Arbeitgebereinkommen, wird die ganze Produktion sich verteuern. Der Lebensunterhalt wird sich erneut verteuern, die Gehälter und Löhne werden wiederholt erhöht werden müssen, und so wird es immer weitergehen, bis es eben nicht mehr weitergeht.

Die Konsequenzen wagt man kaum zu ziehen. Jedenfalls zeigt das geschilderte und ja leider schon so bekannte Bild erneut, wie trübe unsre Zukunft aussieht, wenn nicht eines Tages jener lange schon erwartete Herkules erscheint, der den Augiasstall der deutschen Finanzmisere zu reinigen vermag. Mit welchen Mitteln allerdings, das steht dahin. Wir haben noch keine geistige Potenz gefunden, die imstande wäre, das Problem zu lösen. Wir hören zwar der Kritik einer Tätigkeit Erzbergers übergenug. Die Spalten der Finanzorgane sind gefüllt mit Angriffen. Aber die dagegen vorgebrachten Vorschläge scheinen allesamt so unfruchtbar zu sein, wie es Erzbergers ohne Zweifel fleißige und energische Arbeit ist und sein muß. 24 Milliarden laufende Jahresausgaben zu decken, sind bei dem heutigen, hauptsächlich durch den Krieg und seine Folgen zerrütteten wirtschaftlichen Leben eine Unmöglichkeit, und alle Versuche, lediglich in finanzpolitischer Hinsicht, müssen Versuche am untauglichen Objekt bleiben.

Dernburg, der frühere Reichsfinanzminister, ein Fachmann, nannte das gestern bei der Kritik unsrer Finanzpolitik in einer Versammlung in Berlin: Wir bauen in die Luft, und er fügte hinzu: Wir leben ausschließlich von der Vergangenheit. Die Privatleute zehren vom Kapital. Der Boden muß das Letzte hergeben. Kurz, die ganze Wirtschaft beruht auf Ausverkauf und Kredit, solange wir ihn haben. Das ist gewiß so und es ist gewiß auch zu beachten, wenn Dernburg davor warnt, die Einkommen des Kapitals zu hoch zu besteuern, weil sonst eine neue Kapitalbildung als Grundlage für eine weitere Entwicklung deutschen Wirtschaftslebens unmöglich sei. Dernburg nannte das so. Man kann ein Wirtschaftsgebilde auch aus sozialen Gründen totsteuern. Aber auch Dernburg weiß kein entscheidendes Finanzmittel. Auch ihm bleibt nur der Appell an die Oeffentlichkeit übrig: Sparsam zu wirtschaften und doppelt und dreifach soviel arbeiten, als bisher geschehen ist. Die Wiederaufrichtung des deutschen Wirtschaftslebens von Grund auf, das ist das ausschlaggebende Moment. Das ist die Aufgabe der Regierung. Ihr dabei zu helfen, ist die Pflicht jedes einzelnen. Immer und immer wieder muß gesagt werden, es hilft alles nichts, wenn nicht Tausende fleißige deutsche Hände gerührt werden.

*

Ueber die oben angeführte Rede Dernburgs liegt folgender kurzer Bericht des Wolff-Bureaus vor: In einer vom Hansabund einberufenen Tagung sprach Staatssekretär a. D. Dr. Dernburg über Finanz- und Steuerpolitik. Dr. Dernburg untersuchte zunächst, ob bei uns in Deutschland die Grundlagen für eine gesunde Finanzpolitik gegeben sind. Die Frage müsse verneint werden. Unsre ganze Wirtschaft lebe vom Ausverkauf und vom Kredit. Eigennutz und minderwertige Moral gewern mit Hilfe des Verbandes Deutschland aus. Daß dies aber nur geschehen könne durch Korruption, Bestechlichkeit und Not bei dem Beamtentum, sei eine der schmählichsten Seiten der Sachlage. Dr. Dernburg bezeichnete als Charakteristikum der einzelnen Steuerprojekte der Regierung die Zerschlagung aller großen Vermögen und den Abbau aller höheren Einnahmen. Der Vortragende würdigte den sozialen Standpunkt, der diese Maßnahmen scheinbar erforderlich mache, aber, so führte er aus, solange das Kapital in unserm Wirtschaftsleben eine bisher noch unersetzliche Funktion hat und bei der wirklichen Lage, in der sich unser Land befindet, sei diese Gesetzgebung ein gewagtes Experiment unbekannten Ausganges. Die Reichseinkommensteuer werde unter Umständen über die Schätzung von siebeneinhalb Milliarden Ertragnis hinausgehen. Aber das sei nur ein Luftgebäude. Man dürfe nicht aus sozialen Gründen eine Wirtschaft totsteuern, ehe man eine bessere habe.

Die schwankende Währung

Genf, 30. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Nach Pariser Meldungen ist am Mittwoch die Mark in Paris weiter von 15 auf 13¼ Centimes gesunken. In Genf notierte die Mark am Mittwoch nach 4 Centimes gegen 4½ am Vortag und stieg Donnerstag auf 6 Centimes.

Rotterdam, 30. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die „Times" melden: An der Londoner Börse erwartet man schon für nächste Woche ein Aufhören der Markvaluta. Englische Finanzkreise beurteilen die Lage in Deutschland als äußerst düster, wenn nicht der alte deutsche Arbeitsgeist der Deutschen zurückkehrt. Ein deutscher Staatsbankrott gilt für ausgeschlossen.

* Amsterdam, 30. Januar. Die Mark ist an der gestrigen Börse wieder gestiegen, und zwar um 82½ Cent für 100 Mark. Der Markkurs notierte 8½ Cent, etwa ein Zwanzigstel des Friedenswertes.

*

Wiedereinführung der Akkordarbeit

Berlin, 30. Januar. (Eig. Drahtbericht.) In den Berliner Industriellen- und Unternehmerverbänden ist die Wiedereinführung der Akkordarbeit für den 1. April beschlossen.

* Berlin, 30. Januar. An die Bergleute im Ruhrbezirk erließen die vier großen Bergarbeiterverbände eine letzte Mahnung, gegen fanatische Anhänger des Bolschewismus und Kommunismus sich stark zu machen. Im „Vorwärts" wird ausgeführt, daß die Betriebsräte die Akkordsätze mit zu bestimmen und die Arbeitsleistung mit zu kalkulieren haben würden. Die so lange umkämpfte Forderung der Mitbestimmung der Arbeiter am Arbeitsvertrage würde damit erfüllt.

*

Die Eisenindustrie und das Reich

ITA. Köln, 30. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Wie die „Kölnische Zeitung" hört, sind die Verhandlungen, die am Mittwoch zwischen Vertretern der Eisenindustrie und dem Reichswirtschaftsministerium über die Neuorganisation der Eisenindustrie geführt wurden, ergebnislos verlaufen. Der geplante Selbstverwaltungskörper ist nicht zustande gekommen, in der Hauptsache deshalb, weil das Reichswirtschaftsministerium für sich eine derartige Einflußnahme für den neuen Körper in Aussicht nahm, daß von Selbstverwaltung kaum noch hätte die Rede sein können. Die von der Eisenindustrie beantragte Preiserhöhung für Halbzeug, Stabeisen usw. wurde nicht genehmigt. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums erklärte, zunächst die Selbstkostenberechnungen sehen zu wollen. Er mußte sich aber sagen lassen, daß die den vorgeschlagenen Preisen zugrunde gelegten Selbstkosten mittlerweile durch die letzte abermalige Geldentwertung bereits überholt seien; daß das Reichswirtschaftsministerium mit seinen Berechnungen der tatsächlichen Entwicklung nachhinke, ohne sie jemals einholen zu können. An Preisen sind u. a. vorgeschlagen worden: für Rohblöcke 2205, bisher 1480 M., vorgewalzte Blöcke 2140, bisher 1465 M., für Knüppel 2175, bisher 1500 M., für Platinen 2080, bisher 1505 M., für Stabeisen 2500 M. und für Formeisen 2470 M.

*

Die Arbeitswilligen

Aus Berlin wird gemeldet: Bis Donnerstag haben sich zur Einstellung in den Eisenbahnwerkstätten unter den neuen Arbeitsbedingungen gemeldet bei den Werkstätten Berlin I über 2000, Berlin II über 800, Frankfurt 2000, Nied 950, Breslau II 1193, Breslau IV 208, Seebaldsbrück 450, Stargard 388, Salbke 550, darunter 100 Arbeiter, die bisher nicht bei der Eisenbahn beschäftigt waren. Aus den andern Bezirken liegen noch keine Nachrichten vor.

*

Rückkehr zur Zwangswirtschaft

* München, 30. Januar. Die bayrische Regierung beabsichtigt, wie verlautet, in kürzester Frist die durch Reichsverordnung aufgehobene Zwangsbewirtschaftung von Leder infolge der schlechten Erfahrungen, die mit der freien Wirtschaft gemacht worden sind, von neuem einzuführen. Die Reichsregierung ist zur Zeit damit beschäftigt, in einem Ausschuß von Fachleuten und Wirtschaftspolitikern die Frage zu beraten. Es erscheint nicht unmöglich, daß die Regierung infolge der außerordentlichen Lederknappheit ein Kompromiß mit den bayrischen Vorschlägen zu finden versuchen wird.

Zur Umwandlung des Reichsverwertungsamtes

Die Umwandlung des Reichsverwertungsamtes in eine Treuhandgesellschaft dürfte, wie uns aus Berliner sehr gut unterrichteten Kreisen gemeldet wird, doch nicht so glatt von statten gehen, wie man nach den bisherigen Nachrichten annehmen konnte. Es haben sich erhebliche Widerstände herausgebildet, die sich vor allem auf banktechnische Bedenken gründen. An sich ist es durchaus angebracht, wenn derartige Unternehmungen einer Privatgesellschaft übereignet werden, da die Feinde sich nicht unerheblich für das deutsche Staatsvermögen interessieren, während das Privateigentum ihrem Zugriff entrückt ist. Es wird aber lebhaft bezweifelt, ob eine Treuhandbank doch der richtige Weg dazu ist, diesen Zweck zu erreichen. Denn bei einem so großen und wertvollen Objekt, wie es die Bestände des Reichsverwertungsamtes sind, ist es unumgänglich notwendig, daß in der Verwaltung finanztechnisch durchaus erfahrene Kräfte sitzen. Daß die große Zahl der bisherigen Beamten dieses Reichsamtes (es handelt sich wohl um mehr als 7000 Beamte) die nötigen Erfahrungen und Eigenschaften haben, kann man nach den bisherigen Erfahrungen nicht behaupten. Es ist aber schließlich nicht Aufgabe des Staates, nun freiwerdenden Arbeitskräften eine Beschäftigung zu verschaffen, ohne Nutzen davon zu haben. Daher dürfte das Projekt eben noch manchen Widerstand finden.

Die Konferenz der süddeutschen Staaten

Auf der Stuttgarter Konferenz der süddeutschen Staaten, die sich vor allem mit Fragen der Verwaltungsreform beschäftigt, ist Sachsen durch seinen Münchner Geschäftsträger vertreten. Die sächsische Regierung steht, wie wir hören, in engster Verbindung mit den süddeutschen Staaten und geht auch mit ihnen bei den Verhandlungen im Reichsrat Hand in Hand.

Die Auslieferungsfrage

Rotterdam, 30. Januar. Reuter meldet aus Paris: Die zweite Verbandsnote an Holland verlangt, daß Holland den Kaiser bis Mitte Februar den Verbündeten zur Aburteilung ausliefere.

Berlin, 30. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Nach hier vorliegenden Pariser und Londoner Berichten ist eine Note der Alliierten an Deutschland, den Deutschen Kaiser von Holland zur Auslieferung anzufordern, um ihn von Deutschland aus den Alliierten zur Aburteilung zu stellen, nicht in Aussicht genommen. In dem französischen Kammerausschuß für Auswärtiges ist lediglich von rechtsstehender Seite der Regierung die Anregung gegeben worden, den Kaiser auf dem Umweg über Deutschland zur Auslieferung an die Entente zu bringen, ohne daß eine Erklärung von der Regierung hierzu erfolgt ist.

*

Eine Mahnung Kautskys

* Haag, 30. Januar. Der Berliner Korrespondent des „Daily Chronicle" berichtet über eine Unterredung mit Kautsky über die Auslieferungsfrage. Kautsky nannte die Forderung eine große Gefahr für Deutschland, die eine Bedrohung der Regierung darstelle und vielleicht einen Bürgerkrieg entfesseln könne. Die deutsche Regierung selbst sei in bezug auf diese Frage uneinig. Ein Teil sei für, der andre gegen die Auslieferung. Man rede bereits davon, daß die bürgerlichen Mitglieder aus dem Kabinett austreten und die Regierung den Sozialdemokraten überlassen würden, falls die Regierung die Auslieferung durchsetzt. Wenn es schließlich doch zur Auslieferung des Kaisers kommen sollte, so würde das die Reaktion ganz erheblich im Lande verstärken. Es steht fest, daß Intrigen im Gange sind. Am besten wäre es, wenn Holland den Kaiser nach einer seiner indischen Inseln bringen würde.

Die Rückkehr aus der Gefangenschaft

Ankunft sächsischer Gefangener

m. Kassel, 30. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Gestern früh sind die ersten deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich hier eingetroffen. Auf dem geschmückten Oberstadtbahnhof wurden sie von einem Festausschuß mit Musikkapelle empfangen. Ein Männergesangverein brachte Liedervorträge. Die Soldaten wurden mit einer Ansprache begrüßt. Die Mehrzahl der Heimkehrer reist nach Sachsen weiter.

In Berlin

Nachdem Donnerstag früh ein auf dem Seewege über Cuxhaven geleiteter Transport unsrer Heimkehrer in Berlin eingetroffen war, kamen Donnerstag abend die ersten auf direktem Landwege aus Frankreich gehenden Transporte auf dem Potsdamer Bahnhofe an. Durch die Kriegerheimstätte wurde den Ankömmlingen ein herzlicher Empfang bereitet. Abends 7 Uhr fuhren die in Ostpreußen Beheimateten, nachdem sie mit Musik zu ihrem bereitstehenden Zuge geleitet worden waren, über Stettin ihrer engeren Heimat entgegen.

*

Admiral Reuter freigelassen

Wie „Globe" meldet, ist Admiral v. Reuter freigelassen worden. Er befindet sich bereits auf dem Wege nach Deutschland.

*

Die Heimkehr aus Ostasien

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene in Berlin teilt zur Heimkehr unsrer deutschen Gefangenen aus Japan und Sibirien folgendes mit: Die Heimbeförderung der deutschen Gefangenen aus Japan schreitet planmäßig fort. Drei Dampfer befinden sich bereits unterwegs. Der vierte, „Hudson-Maru", verläßt Japan in diesen Tagen. Außer den ursprünglich in Aussicht genommenen vier Dampfern sind zwei weitere, „Ame-Maru" und „Nancai-Maru", für den Abtransport der deutschen Gefangenen gechartert worden. Auf diesen beiden Dampfern werden auch die Familien der Gefangenen heimbefördert. „Ame-Maru" soll Japan in der ersten Hälfte des Februar verlassen, „Nancai-Maru" Ende Februar. — Die deutsche Fürsorge-Kommission zur Heimbeförderung unsrer Gefangenen aus Sibirien ist in Wladiwostok eingetroffen. Sie hat mit der Verteilung der Bekleidungsstücke und Liebesgaben sowie der ihr für Unterstützungszwecke zur Verfügung gestellten 14 Millionen Rubel bereits begonnen. Ueber den Beginn des Heimtransportes der Gefangenen aus Ost-Sibirien hofft die deutsche Kommission in Kürze bestimmte Mitteilung machen zu können.

Die Zeitungsverbote

Nachdem die Verleger und die Buchdrucker aus den Zeitungsbetrieben in den letzten Tagen Aussprachen über die Praxis der Zeitungsverbote mit dem Reichskanzler gehabt hatten, empfing der Reichskanzler den Ausschuß der Berliner Pressekonferenz und den Vorsitzenden des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg im Reichsverband der deutschen Presse, die ihm die Bedenken der Journalisten gegen die bisherige Praxis vortrugen. Die Aussprache kam nach den schon gegebenen Zusagen der Reichsregierung zu dem Ergebnis, daß in Zukunft die Zeitungsverbote befristet und begründet erfolgen sollten und daß als Beschwerdeinstanz ein Ausschuß des Reichsrats mit der endgültigen Entscheidung betraut werde. Reichsjustizminister Schiffer, der ebenfalls der Besprechung beiwohnte, gab eine Darstellung der Bedenken, die sich gegen einen Ausschuß der Nationalversammlung als Berufungsinstanz aus verfassungsrechtlichen Gründen ergeben.

Wesentliche Besserung im Befinden Erzbergers

Der Zustand des Reichsfinanzministers hat sich nach den Berichten seiner Aerzte im Laufe des gestrigen Tages wesentlich gebessert. Die Kräfte des Verletzten haben sich wieder gehoben, so daß er in absehbarer Zeit seine Tätigkeit wieder aufnehmen kann.

*

Sächsisches Beileid für Erzberger

Der sächsische Ministerpräsident Dr. Gradnauer hat, wie einer unsrer Mitarbeiter erfährt, das Bedauern der sächsischen Regierung über den Anschlag auf Erzberger ausgesprochen und den sächsischen Gesandten in Berlin, Dr. Koch, beauftragt, über das Befinden Erzbergers Erkundigungen einzuziehen.

Politische Prozesse

Von Dr. Hermann Friedemann

Wie Rabenschwärme flattern hinter jedem weltgeschichtlichen Erlebnis — Prozesse her. Sie sind das unausbleibliche Kennzeichen einer Zwischenzeit, die das eben erlebte umwälzende Ereignis schon in gewisser Art als abgeschlossen empfindet, ohne den Abstand geschichtlicher Betrachtung gefunden zu haben. Eine solche Zeit, die nicht weiß, was unter den sichtbaren Wirkungen der Vergangenheit vollendeter, was werdender Zustand ist, hat um so stärker das Bedürfnis, eine gewisse Festigkeit und Rechtsgültigkeit des Gegenwärtigen wenigstens äußerlich herzustellen. Sie beschäftigt sich mit Abrechnung und Abwicklung. Sie versucht, wenn nicht mit den inneren Triebkräften, so doch mit dem stofflichen Gehalt des ungeheuren Erlebnisses politisch, rechtlich und gleichsam aktenmäßig fertig zu werden, und kommt bei diesem Bestreben notwendig auf die sichtbar beteiligten einzelnen; auf die Personen. Die hergebrachte Art dieser vorläufigen Erledigung aber ist eben der Prozeß.

Der Prozeß ermöglicht es, durch die Fassung einer Anklage ein politisches Teilgebiet abzugrenzen, Zeugen zu vernehmen, Tatbestände festzustellen; am einfachsten ist der Zusammenhang mit dem Bedürfnis des Abrechnens und Aufräumens, wenn unter den Rückständen der jüngsten Vergangenheit Gewalttaten oder offenbare Verbrechen sind, mit deren Bestrafung die Gegenwart sich eine wiedererlangte Festigkeit beweisen oder doch vortäuschen kann. Auch hier, bei den nur in bedingtem Sinne „politischen" Prozessen wirkt der halbbewußte Wille zur Vereinfachung mit. Statt mit Schicksalen und Zuständen hat man es mit Personen und Taten zu tun. Indem man Einzelfälle beurteilt, befreit man sich von dem Druck des unentwirrbaren Ganzen, rechtfertigt die neue Ordnung und bestätigt den bleibenden Teil des Alten. Nach jedem, und gerade nach jedem siegreichen Aufruhr gibt es infolgedessen Aufrührerprozesse.

Gestalten dieser Gewaltzeit, Revolutionäre und Gegenrevolutionäre, kommunistische Mörder und Kommunistenmörder haben im Laufe eines Jahres oft vor deutschen Gerichten gestanden. Für die streitenden Staatsauffassungen bewiesen die Urteile so wenig wie die beurteilten Taten; erwiesen ward nur die Leidenschaft des politischen Kampfes und der Wunsch, den Selbstbeweis einer wiederhergestellten staatsbürgerlichen Ordnung zu führen. Soweit es sich nicht, wie in dem Prozeß gegen die Münchner Terroristen, um gestürzte Machthaber, sondern um Pistolenschützen und Totschläger auf eigene Rechnung handelt, sind an dem ganzen Verfahren politisch nur die Beweggründe des Täters. In allen übrigen sind gerade diese „politischen" Prozesse als antipolitisch aufzufassen; sie sind die Abwehr gegen das Uebergreifen der Politik auf ein Gebiet, das ihr verschlossen sein muß: die körperliche Unverletzlichkeit der Staatsbürger. In den Tagen unmittelbar vor der Budapester Revolution und nach der Ermordung Tiszas sprach ein magyarischer Politiker einem deutschen Besucher sein Befremden über die ihm unverständliche äußerliche Ruhe Deutschlands aus. „Ein Volk ohne Attentat ist kein politisches Volk!" Wenn das zutrifft, hat das deutsche Volk den Weg zur Politik sehr schnell gefunden; und es ist dringend notwendig, daß die Gerichte rücksichtslos zeigen, wo die Politik wieder aufzuhören hat. Freilich ist es nicht ganz gleich, den Täter politisch zu nehmen und seine Tat, unbeirrt, nach unpolitischen Grundsätzen zu richten. Wesentlich schwerer noch wird es, wenn ein Entmachteter abgeurteilt werden soll, der sich auf eine durch die Tatsachen geschaffene Rechtsgültigkeit seiner Gewaltausübung oder auch auf das Fehlen zur Zeit seiner Herrschaft berufen kann. Hier ist unzweifelhaft eine Gefahr der Rachejustiz, von der besonders die jetzigen Herren Ungarns hinreichend Beispiele gegeben haben. Die entgegengesetzte Gefahr der allzu großen Milde tritt ein, wenn sich der Angeklagte im Dienste der gegenwärtig herrschenden Macht verging. Auch für sind Beispiele bekannt. In beiden Arten von Fällen ist den Richtern nicht genügend zum Bewußtsein gekommen, daß sie den Prozeß nicht für, sondern gegen die Politik zu führen hatten.

Zum eigentlich politischen, das heißt: zu dem Prozeß, dessen Gegenstand nicht nur, sondern dessen Urteilsgrundlage von Politik durchsetzt ist, kommt man bei der Arbeit der „Untersuchungsausschüsse". Solche Körperschaften waren keineswegs nur in Deutschland; sie waren auch in Italien, Frankreich und andern Ländern tätig. Bei solchen Verhandlungen kann nur die Aufhellung der Tatbestände unpolitisch sein; die Deutung ist von der Politik der Urteilenden nicht zu trennen. Unrecht kann in solchem Fall nur vermieden werden und wird vermieden, wenn sich der Ausschuß der richtenden und strafenden Befugnis begibt. Er äußert eine Meinung, die dann allerdings im Sinne der jeweils herrschenden Staatsauffassung, eine politische Handlung ist.

Auseinandersetzungen mit politischem Zweck der Parteien, aber unpolitischer Urteilsgrundlage sind die Prozesse von der Art des von Erzberger gegen Helfferich geführten. Nicht die Politik des Ministers steht vor Gericht, aber die Wirkung seiner persönlichen Rechtfertigung oder des Gegenteils würde politisch sein.

Ein Nachspiel zum Marloh-Prozeß

Gegen den Redakteur der „Freiheit", Schriftsteller Adolph Wielepp, wurde am Donnerstag vor dem Landgericht I in Berlin eine Anklage wegen Beleidigung des ersten Staatsanwalts Dr. Weismann und des Staatsanwalts Dr. Zumbroich verhandelt. Diese beiden sind als Nebenkläger zugelassen. Zur Anklage steht ein Artikel in der „Freiheit" vom 24. November 1919. In diesem wurde behauptet, daß der erste Staatsanwalt Dr. Weismann den vom Oberleutnant Marloh seinerzeit erstatteten Bericht über die Vorgänge bei der Erschießung von Matrosen in der Französischen Straße, der als gefälscht anzusehen sei, diktiert und damit sich einer Verdunkelung der wahren Tatsachen schuldig gemacht habe. Staatsanwalt Zumbroich sei zugegen gewesen, als Oberst Reinhardt den an Marloh übermittelten Befehl gegeben habe. Er habe gewußt, daß dieser Befehl auf Mord lautete, habe aber nichts getan, um seine Ausführung zu verhindern, und habe sich zum Mitschuldigen an der Mordtat gemacht. Nach Erklärungen der beiden Nebenkläger verkündete der Vorsitzende nach kurzer Beratung einen Gerichtsbeschluß, daß den Anträgen der Verteidigung auf Vernehmen der Zeugen Wehmener, v. Kessel, Oberst Reinhardt und Aktuar Thiele stattgegeben wird. Die Sache wird deshalb vertagt.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200131/1